

Lübbeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübbeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 10.00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühren betragen für die achteckige Bestzeile oder deren Raum 250 Btg., Verlammtungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 200 Btg., Reklamen 1000 Btg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 4.

Donnerstag, den 5. Januar 1922.

29. Jahrgang.

Was man von Deutschland verlangen wird.

Paris, 5. Januar.

Die Information bemerkt, daß Frankreich und Belgien dem sogenannten englischen Vorschlag ablehnend gegenüberstehen und glaubt, daß dieser Vorschlag Änderungen erfahren hat. Die neuen Garantien, die von Deutschland verlangt werden sollen, wären danach

1. Umänderung des Reichsbankstatuts nach Art der Verfassung der Bank von Frankreich und Bank von England, Ergänzung des Aufsichtsrates durch einen Vertreter, der von der Reparationskommission bezeichnet wird, aber die Abrechnung durch die deutsche Regierung bedarf;

2. Verpflichtung Deutschlands zur Ordnung seines Budgets mit inneren Anleihen;

3. Aufheben jeder Unterstützungspolitik, aller Subventionen und außerordentlichen Ausgaben.

Die Verteilung der bisherigen und der nächsten Zahlungen Deutschlands und die darauf folgende Abänderung des Londoner Finanzabkommens der Entente vom 13. August werden zu sehr komplizierten Berechnungen Veranlassung geben. Hier kommt alles darauf an, ob Belgien Zugeständnisse machen oder England Opfer bringen wolle. Dem Wiesbadener Abkommen will angeblich England unter gewissen Voraussetzungen zustimmen. Ueber die künftige internationale Finanzkonferenz werde erst beschlossen werden. Bei dieser Gelegenheit soll auch über eine etwaige Herabsetzung der deutschen Schuld beraten werden, deren Möglichkeit ebenfalls hauptsächlich von einem Verzicht Englands auf seine Forderungen abhängt. — Ein Zusatz des Temps erwähnt, indem er noch einmal in letzter Stunde für ein Bündnis mit England eintritt, Deutschland könnte später an einigen der Abmachungen zwischen beiden Staaten teilnehmen. Ein französisch-englisches Bündnis ist die einzige Art, Deutschland ohne Erschütterung, ohne irgendwelche Gefahr für die anderen in die Familie der Völker einzuführen.

Die Abrüstungsfrage.

Frankreich soll seine amerikanischen Schulden bezahlen, wenn es nicht abrüstet.

Nach einer vom „Petit Parisien“ wiedergegebenen Meldung aus Washington wurde im amerikanischen Repräsentantenhaus eine Resolution eingebracht, die beantragt, daß Frankreich verpflichtet werden soll, mit der Zahlung der von ihm während des Krieges aufgenommenen Schulden zu beginnen.

Die vom Republikaner Neavis eingebrachte Entscheidung befugt nach einer Meldung aus London im einzelnen, die Washingtoner Konferenz habe gezeigt, daß gewisse Staaten, deren Gläubiger Amerika sei, große Summen Geldes für vermehrte Rüstungen zur See ausgeben. Neavis erklärte, die Vereinigten Staaten hätten volles Verständnis für die Not in Europa und wären bereit, die europäische Schuld zu fundieren, wenn die Notwendigkeit dafür sich klar ergebe. Wenn sich Frankreich jedoch durch die Bitte der Menschheit um den Weltfrieden nicht erweichen lasse und beabsichtige, seine U-Boote in großem Maße zu vermehren, sei es für die Amerikaner an der Zeit, sich eine Träne der Sympathie zu sichern, um die augenblickliche Lage zu erfassen. Frankreich habe ein Heer, das größer ist als das deutsche Heer vor dem Kriege war. Es lehne nicht nur ab, sein Heer zu vermindern, sondern bestrebe sich auf vollkommene Freiheit, es noch zu vermehren. Frankreichs Haltung in der Frage der Vergrößerung seiner Flotte bedeute die Ausgabe von Hunderten von Millionen Dollar. Sicher werde keine Nation, die sich in finanzieller Not befände, ein solches Rüstungsprogramm ins Auge fassen. Das amerikanische Volk müsse mit Recht darauf bestehen, daß das von Frankreich entworfene Programm mit französischem und nicht mit amerikanischem Gelde bezahlt werde.

Savas meldet aus Washington: Frankreich nahm grundsätzlich den amerikanischen Vorschlag, der die Verwendung von Unterseebooten gegen Handelschiffe verbietet, an. Die Delegierten behielten sich aber die endgültige Zustimmung vor, bis der genaue Wortlaut der Erklärung erörtert sei. England stimmte bereits zu und obwohl die italienischen und japanischen Delegierten keine endgültigen Anweisungen erhielten, ließen die gestern abend vorliegenden Anzeichen die Annahme zu, daß weder Italien noch Japan ernsthafte Einwendungen erheben würden, wenn der Vorschlag die volle Zustimmung Frankreichs erhalte.

Zwei Richtungen in der Wiederaufbaufrage.

Rom, 5. Januar.

Dem Messager zufolge scheiterte die Mission des Generaldirektors des englischen Schahamites Jaas, der von Lloyd George erstanden war, um mit der italienischen Regierung wegen Lloyd Georges wirtschaftlichen Vorschlägen Fühlung zu nehmen. Jaas habe festgestellt, daß die italienischen Minister über die Wirtschaftspolitik nicht einig seien. Bonomi sowie die technischen Minister Soleri und Denaga hätten zwar Lloyd George zuge-

stimmt; dagegen ständen de la Torretta und die übrigen Minister unter dem Einfluß der italienischen Mitglieder der Reparationskommission der Schaffung eines großen Finanzorganismus zum Wiederaufbau Europas feindselig gegenüber.

Ein neuer Pazifistenbund in Frankreich.

Paris, 3. Januar.

Mit dem neuen Jahr wird, wie „Ere Nouvelle“ mitteilt, in Paris unter dem Namen Union Populaire pour la paix universelle (Volksbund für den Weltfrieden) eine neue pazifistische Gruppe ohne Parteizugehörigkeit gegründet. Vorsitzender ist der ehemalige Abgeordnete von Paris Lucien de Joyer. Aus der Zahl der übrigen Gründer seien hervorgehoben: G. Seailles, Abgeordneter Mistral, Longuet, die Schriftsteller Victor Marguerite und Henri Barbusse.

In einem Aufruf, den die Gruppe erläßt, wird auf die Unfähigkeit der Pariser Konferenz und der Friedensverträge, insbesondere desjenigen von Versailles, hingewiesen, einen tatsächlichen Weltfrieden herbeizuführen. Der Friede müsse organisiert werden. Die Gruppe lehnt auch den Völkerbund in seiner jetzigen Gestalt ab. Sie will an seine Stelle einen allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Bund der Völker in Gestalt einer überstaatlichen Organisation mit legislativer, exekutiver und rechtsprechender Gewalt setzen. Der Aufruf legt allen die Verpflichtung auf, bis zur Vermittlung dieses Planes den Widerstand gegen den Krieg und den imperialistischen Nationalismus zu stärken. Die Abrüstung Deutschlands sei nur ein Anfang und die Regierungen auch der anderen Völker seien ihren Vätern eine ähnliche Abrüstung schuldig.

Die Bedrohung Sowjetrußlands.

Moskau, 2. Januar.

„Prawda“ veröffentlicht die vom Rätekongreß auf Grund des Berichts Trozkis angenommene Tagesordnung, in der es heißt:

Der Kongreß bestätigt den festen Willen der Räterepublik, mit allen Völkern in Frieden zu leben. Keine Grenzverschiebung könnte die Hungernden ernähren oder die wirtschaftlichen Ruinen wieder aufrichten. Der Kongreß heißt die Bemühungen der Regierung, die erste Räterepublik vor neuen Kriegen zu bewahren, gut und

wünscht nur Frieden und Arbeit.

Er billigt auch die Verminderung des Roten Heeres und weist mit Entrüstung die lügnersischen Erfindungen kapitalistischer Regierungen und Zeitungen zurück, daß Rußland gegen seine Nachbarn und hauptsächlich gegen Polen Kriegszweck habe. Leider hat die Sowjetregierung noch immer nicht die Möglichkeit gehabt, den Bestand der Republik gegen die gegenrevolutionären Versuche zu schützen. Die Weigerung Rumäniens, sich zur Neutralität zu verpflichten, die unaufhörlichen Unternehmungen von Bänden, die aus Polen, Rumänien und Finnland in Rußland einfallen, und der japanische Angriff im äußersten Osten, all dies zur Zeit, wo die Konferenz in Washington über die Entwaffnung berät, ohne Rußland zu befragen, sind offensichtlich feindselige Handlungen.

Obwohl die Regierung dennoch in ihrer Friedenspolitik weiter beharrt, muß sie trotzdem bereit sein, jeden Versuch, die Unabhängigkeit der Föderativen Räterepublik zu verletzen, mit den Waffen zurückzuweisen zu können. Gleichzeitig mit der Verminderung des Roten Heeres muß daher seine materielle und technische Verbesserung erfolgen, um ihm die höchste erreichbare Kampfkraft zu sichern. Der Kongreß drückt die Entschlossenheit der arbeitenden Massen aus, die nötigen Opfer für den Unterhalt des Roten Heeres auf sich zu nehmen; er hofft, daß der wirtschaftliche Fortschritt es auch der Roten Flotte möglich machen wird, die Zugänge zu den Seehäfen der Republik zu sichern.

An den Sitzungen des neunten allrussischen Rätekongresses nahmen 1991 Vertreter teil; 1522 von diesen waren Kommunisten.

Eisenbahnerforderungen

Frankfurt a. M., 5. Januar.

Die Dissoziationen Frankfurt und Darmstadt des Deutschen Eisenbahnerverbandes haben telegraphisch in Berlin die Forderungen erhoben, daß die Uebersteuerungszuschüsse, wie sie im besetzten Gebiete bezahlt werden, auch für Frankfurt, Darmstadt und die zugehörigen Grenzgebiete bewilligt werden.

Unzufriedenheit der Postbeamten.

Frankfurt a. M., 5. Januar.

In einer Versammlung der Gewerkschaft deutscher Post- und Telegraphenbeamten wurde gestern abend Protest erhoben gegen die unzureichenden Ergebnisse der letzten Gehaltsregelung. In einer Entschließung wird das Verhalten der Regierung gegenüber den Vertretern der Beamten getadelt und als Verschleppungspolitik bezeichnet.

Der „Zusammenbruch“ der Staatsbetriebe.

Vor etwa anderthalb Jahren war die Hege gegen die Kriegsgesellschaften in vollem Gange. Wo immer Mangel und Teuerung ihre verheerenden Wirkungen ausübten, suchte man den Männern und namentlich den Frauen einzureden, daß die Klubkessel der Kriegsgesellschaftsdirektoren daran schuld wären. Tägliche Meldungen über angebliche Verzögerung von Schiebern und Abweisung von ehrlichen Kaufleuten, über unwirtschaftlichen Einkauf, unzweckmäßige Lagerung und schlechte Preise der Lebensmittel, Fabeln über Riesengewinne und Riesendividenden der einzelnen Kriegsgesellschaften und hundert andere Erfindungen beglückten unausgesetzt die Öffentlichkeit auf, bis eine allgemeine Stimmung gegen die Kriegswirtschaft entstand. Der Widerstand der Sozialdemokratischen Partei, der vernünftigen und ehrlichen Leute in verschiedenen Lagern, wurde ausfichtlos. Die Kriegswirtschaft fiel, der Segen des freien Handels konnte sich voll entfalten. Und die Folge? Nach einigen Monaten wußte jedes kleine Kind, daß freie Wirtschaft bei fortwährendem Mangel nur den allergrößten Wucher bedeutet. Nach wenigen Monaten spürte jede Hausfrau mit Entsetzen, wie die Kaufkraft des Geldes sank, wie die Teuerung immer höher stieg und alle Lohnerhöhungen weit überholte.

Gegenwärtig geht die Hege gegen die Reichsbetriebe. Die bürokratische Verwaltung soll Schuld daran sein, daß Eisenbahn und Post immer schlimmere Defizite machen, daß dem Mittelstand durch die Verteuerung der Tarife unentrichtliche Lasten aufgebürdet werden, daß Deutschland in der Welt keinen Kredit mehr genießt. Auch jetzt haben wir wieder die tägliche unausgesetzte Hege. Bald gibt ein Streik der Eisenbahner den Anlaß dazu, bald wird eine Berechnung aufgestellt, daß die Reichsbetriebe mehr Zuschuß erfordern als die gesamte Reichseinkommensteuer einbringt, bald leit-artikelt ein Professor über die Unfähigkeit der Staatsbetriebe. Gestern war es z. B. im „Berliner Lokalanzeiger“ der bekannte Professor Conrad Bornhag, der aus dem gegenwärtigen Stand der Reichsbetriebe nicht mehr und nicht weniger als den Zusammenbruch der Sozialisierung und des ganzen Sozialismus herleitet.

Man sehe sich einmal diesen Beweis an! Da wird den Staatsbetrieben vorgeworfen, daß sie durch ungeheure Verteuerung ihren Fehlbetrag einfach auf das Publikum abzuwälzen suchen. Das sei der Standpunkt des Mathematiklers ohne jede volkswirtschaftliche Bildung; sie sei so geschildert und geschickt, wie der Versuch, ein Loch in der Erde damit zuzustopfen, daß man vom Rande Erde abhauert und hineinstürzt. „Was würde man von einem Kaufmann sagen, der in schwieriger Geschäftslage die Arbeitszeit einschränkt, eine Menge überflüssiges Personal mit hohen Gehältern und Löhnen durch die schwierige Zeit hindurchschleppt und aller Schwierigkeiten dadurch Herr zu werden sucht, daß er einfach die Preise steigert? ... Einen solchen Kaufmann würde man für nicht recht geschick halten, und der endgültige Zusammenbruch seines Geschäftes wäre mit Sicherheit vorherzusagen. Nein, der Kaufmann mache es ganz anders, er lasse seine Haupt Sorge sein, durch verstärkte Arbeitstätigkeit mit guter und billiger Ware immer mehr an das Publikum heranzukommen und den Umsatz zu steigern.“

So malt sich die Welt im Kopf eines juristischen Professors der Berliner Universität. Ob der Herr mit der tiefen volkswirtschaftlichen Kenntnis, die ihn auszeichnet, wohl schon einmal etwas von einem Teuerungsindeks gehört hat? Nun, die „Frankfurter Zig.“ berechnet regelmäßig, in welchem Maßstabe die im freien Handel befindlichen Waren verteuert worden sind, und aus ihren Statistiken kann man viel lernen. Die letzte Rechnung ergibt, daß im allgemeinen die Warenpreise im Vergleich zu den Friedenspreisen auf das 38fache gestiegen sind. Hinter dieser Verteuerung, die bedeutet, daß der Wert der Mark auch im innerdeutschen Verkehr unter drei Pfennig gesunken ist, sind die öffentlichen Betriebe weit zurückgeblieben. Nach langem Verweilen bei verhältnismäßig geringen Zuschlägen haben sie jetzt ihre Tarife im Durchschnitt auf das 2fache des Friedenspreises erhöht. Die schöne Geschichte von dem Kaufmann, der die Preise nicht verteuert, sondern den Umsatz vergrößert und immer billiger wird, ist ein Kindermärchen; in der Wirklichkeit gibt es das einfach nicht. Die riesigen Fehlbeträge der Staatsbetriebe erklären sich einfach daraus, daß alles neu hineingesteckte Wiederaufbaukapital dort formell als Fehlbetrag gebucht wird. Eisenbahnen und Post waren im Kriege entsehrlich heruntergewirtschaftet, und alle unermesslichen Neuanschaffungen und alle Mehraufwendungen infolge der Geldentwertung erschienen im Etat als angeblicher Verlust. In einem privaten Betriebe wird einfach das Kapital auf das Doppelte, das Fünffache, das Zehnfache erhöht, und kein Mensch denkt daran, diese Verbreiterung der Geldbasis des Unternehmens als Verlust zu buchen. Aber bei den Staatsbetrieben kann man mit genau der gleichen chem Maßstabe die im freien Handel befindlichen Waren...

Betriebe weit zurückgeblieben. Nach langem Verweilen bei Erörterung so wundervoll hegen, daß die Reaktion und alles, was dem Großkapital dient, sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen kann.

Der Herr Professor Bornhag gehört zu den klarierten Europäern. Er hat bekanntlich den Kommentar zur Reichsverfassung verfaßt, in dem er mit Sicherheit prophezeit hat, daß Wert von Weimar werde nicht zwei Jahre Bestand haben. Jetzt möchte er in der Republik wenigstens den Achtstundentag beseitigen. „Wer gewährleistet denn unsern einen achtstündigen Arbeitstag“. Es gab einmal eine Zeit, da Herr Professor Bornhag noch Privatdozent und nebenbei Richter, ich glaube, in Eiberfeld war. Das war, ehe er wegen seiner besonderen Verdienste, nicht etwa um die Wissenschaft, sondern um die Hohenzollern-Verherrlichung, zum Professor ernannt wurde. Damals wurde der Privatdozent Dr. Bornhag gefragt, ob er denn seine richterliche zusammen mit seiner wissenschaftlichen Tätigkeit bewältigen könnte, und er gab die klassische Antwort: „Als Richter arbeite ich täglich eine Stunde, dafür aber mit Feist.“ Kein Wunder, daß Bornhag jetzt den achtstündigen Arbeitstag verflucht, und die alte Zeit zurücksehnt.

Wer selbst solche Leute sind gut genug dazu, um gegen die Staatsbetriebe zu hegen. Man liefere heute Post und Eisenbahn dem Privatkapital aus, und man wird morgen das Doppelte oder Dreifache der jetzigen Tarife zahlen müssen. Wird das Volk auch hier erst wieder durch Schaden klug werden? Wir hoffen, daß es rechtzeitig die kapitalistischen Angriffe auf die Staatsbetriebe energisch zurückweisen wird.

Die Hilfsaktion für Rußland.

Berlin, 5. Januar.

Nach einer Ausstellung des Internationalen Gewerkschaftsbundes über die eingegangenen Geldbeträge für die russische Hilfsaktion haben die deutschen Gewerkschaften bis zum 15. Dezember 1922 202 Mark, also 75 000 Gulden gesammelt, insgesamt sind bei dem Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam bis Mitte des vorigen Monats 794 000 Gulden abgeliefert worden.

Das erste vom Internationalen Gewerkschaftsbund geschickte Schiff für die Hungernden in Rußland ist am 28. Dezember von Hamburg nach Riga abgegangen, vor wo aus die Waren per Eisenbahn über Moskau nach dem Chuvash-Distrikt weiterbefördert werden. Der Internationale Gewerkschaftsbund beschäftigt in dieser Gegend 40 000 Kinder zu unterhalten und zu versorgen. Die Ladung des Schiffes besteht aus ca. 12 000 Tonnen Lebensmitteln, wie Mehl, Schmalz, Speck, Zucker, Margarine, Suppenpräparate, Tee, kondensierte Milch usw. Desgleichen sind dem Transport Bekleidungsstücke, wie Holzschuhe, Mäntel für Frauen, Ueberzieher für Männer und ca. 10 000 Paar Strümpfe beigegeben. Der zweite Dampfer des Internationalen Gewerkschaftsbundes wird voraussichtlich Ende Januar die Fahrt nach Rußland antreten.

Nachprüfung der Reichsgerichtsurteile durch die Entente.

Berlin, 5. Januar.

Auf seiner letzten Tagung im August 1921 hat der Oberste Rat beschlossen, eine Kommission zu ernennen, die über die Reichsgerichtsurteile gegen die Kriegsschuldigen ein Gutachten ablegen soll. Diese Kommission ist jetzt inarbeitig worden. Ihre Mitglieder sind: Justizminister Sonnenschein, Generalanwalt beim Kaiserhof Paris, Matter, Sir Alfred Pollock und Henrich für England, Kaimon für Italien und Serpauis und van Emden für Belgien. Sie wird kommenden Freitag ihre erste Sitzung am Quai d'Orsay abhalten.

Ein 2. Schulgesetz für die Republik.

Berlin, 5. Januar.

Von einer Regierungskreisen nahestehenden Korrespondenz wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß der gestern mitgeteilte republikanische Majestätsbeleidigungsparagraph aus dem Gesetzentwurf des Reichsjustizministeriums stammt. Es dürfte nicht mit dem im Reichsministerium des Innern bearbeiteten Gesetzentwurf zum Schutze der Republik verwechselt werden, dessen Veröffentlichung ebenfalls in einiger Zeit zu erwarten ist.

Die Verhandlungen über die Beamtengehälter.

Berlin, 5. Januar.

Heute werden im Reichsfinanzministerium die Verhandlungen mit den Vertretern der Beamtenorganisationen über eine Erhöhung der Gehälter beginnen. Die Beratungen dürften sich mehrere Tage hinziehen.

Die Steuerfrage.

Berlin, 5. Januar.

Die „Völkische Zeitung“ berichtet, daß am Mittwoch eine Besprechung des Reichsfanzlers mit den Führern der Reichstagsfraktionen des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten stattgefunden hat. Es habe sich um eine Erörterung der Steuerreform gehandelt, deren Erledigung unmittelfach nach dem Zusammentritt des Reichstages am 19. Januar in Angriff genommen werden soll. Die Bemühungen seien darauf gerichtet, ein Kompromiß unter den Führern der Parteien betreffs des Steuerproblems zu erreichen.

Hierzu ist zu bemerken, daß Beratungen zwischen den Parteiführern über die Steuerfragen in der letzten Zeit nicht abgehalten wurden. Die Vertreter der verschiedenen Fraktionen haben vielmehr einzeln im Reichsfinanzministerium und in der Reichstagskanzlei vorgeprochen, um mit dem Reichsfinanzminister Dr. Hermes und dem Reichsfanzler den Stand der Dinge zu erörtern. Daß diese beiden Herren das Bestreben haben, zwischen den Parteien, auf die sich die Regierung stützt, eine Verständigung über die Steuerreform zu erreichen, ist ganz selbstverständlich. Aber Verhandlungen, in denen sich auch nur ein Weg gezeigt hätte, das angestrebte Ziel zu erreichen, haben nicht stattgefunden. Man kann eher sagen, daß in diesem Augenblick die Schwierigkeiten größer scheinen denn je.

Die sozialdemokratische Partei sieht sich nicht in der Lage, von ihrem bekannten Standpunkt abzuweichen zu können. Sie gibt zu, daß unter den gegenwärtigen, verzweifeltsten Umständen eine Heranziehung der breiten Massen zur Tragung der Reichslasten, insbesondere auch in Form von

Verbrauchssteuern, nicht vermieden werden kann, zumal ein Zwang von außen besteht, solche Steuern zur Durchführung zu bringen. Sie ist bereit, als Regierungspartei aus dieser Tatsache die Konsequenzen zu ziehen, sie ist es aber nur unter der Voraussetzung, daß auch die bestehenden Kreise in energischer Weise zur Tragung der Lasten mit herangezogen werden. Eine solche energische Heranziehung kann sie nicht in Vermögenssteuern erblicken, die sich erst nach Jahren auswirken werden, und deren Ergebnis bei dem schwankenden Stande der Mark völlig ungewiß ist.

Jene Form der Heranziehung der bestehenden Schichten, die man unter dem Schlagwort „Erfassung der Sachwerte“ zusammengefaßt hat, wird sich auf die Dauer nicht vermeiden lassen. Man kann dabei an eine Verwirklichung der Vorschläge des Reichswirtschaftsamtes denken, also an Ausgabe von Gratisaktien im Betrage von 25 Prozent des Aktienkapitals an das Reich und entsprechende Maßnahmen gegenüber den anderen Großunternehmungen der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft, die keine Aktiengesellschaften sind. Aber der Grundgedanke ließe sich auch auf andere Weise verwirklichen, so beispielsweise durch sofortige Einziehung des zweiten Drittels des Reichsnotepfandes mit verstärkter Belastung der aus Sachwerten bestehenden Vermögen. Vielleicht könnte auch die Aufhebung einer Zwangsanleihe in Betracht, wozu durch den bekannten Hagenburgschen Entwurf das Instrument geschaffen ist, um den außerordentlichen Etat auf solche Weise ins Gleichgewicht zu bringen. Ueber die Art der Ausführung des Grundgedankens würde also die sozialdemokratische Partei wohl mit sich reden lassen, aber ihn selbst wird sie nicht aufgeben. Man wird vielmehr an seine Verwirklichung auf die eine oder die andere Weise herangehen müssen, wenn man auf ihre Mitwirkung bei der Verabschiedung der Steuerreform rechnen will.

Kommt eine Steuerreform mit der Sozialdemokratie nicht zustande, dann ergibt sich eine vollkommen veränderte politische Situation. Denn die Regierung kann selbstverständlich nur aus denjenigen Parteien gebildet werden, die die Steuern bewilligen. Es steht also ganz bei den bürgerlichen Parteien, durch faktische Ausschaltung der Sozialdemokratie bei der Verabschiedung der Finanzreform einen Umschwung der innerpolitischen Verhältnisse herbeizuführen. Und die Leitung der Reichsgeschäfte ganz in die eigenen Hände zu nehmen. Es fragt sich nur, ob eine Regierung des bürgerlichen Großbüdros, die ihre Tätigkeit mit einer schweren steuerlichen Belastung der Massen unter gleichzeitiger Schonung des Besitzes beginnen wollte, innerpolitisch und außenpolitisch haltbar wäre. Diese Frage werden sich die bürgerlichen Parteien sehr genau überlegen müssen, wenn sie gegenüber den Vorschlägen der Sozialdemokratie in der gleichen ablehnenden Haltung wie bisher, verharren wollen.

Ein Schritt rückwärts?

Unter diesem Titel bringt das „Berliner Tageblatt“ folgende Auslassungen: „Es ist wichtig, daß alle Kreise, die in Verwaltung und Schule dem Geist der Verfassung zu seinem Recht verhelfen wollen, gegenwärtig ihre Blicke einmal nach Altona richten. Denn dort ist eine Schulratsfrage ins Rollen gekommen, deren Ausgang über die Grenzen Mionas von grundsätzlicher Bedeutung ist. Für den freigeordneten Stadtschulratsposten haben Schuldeputation und Magistrat in Altona den Hamburger Volksschulmann Hermann R. Köster gewählt, dessen Name in der pädagogischen Welt bereits einen guten Klang hat. Auf dem Gebiet der Kunstziehung und des Jugendschriftenwesens gilt Köster als Autorität; er ist unter anderem Sachverständiger des Nürer-Bundes und des „Kunstwärts“ und mit Gangberg Herausgeber der „Deutschen Sprachhefte“. In Hamburg mit seinem vorbildlichen Schulwesen war er zum Vorsitzenden der Schulsynode und der Lehrerkammer gewählt worden, ein Beweis für das Vertrauen, das er dort in der Lehrerschaft genießt. Dielem Mann nun wird die Bestätigung zum Kreisrat — das Amt ist mit dem des Stadtschulrats vereinigt — non der dafür zuständigen Stelle, dem Regierungspräsidenten in Schleswig, verweigert. Der Posten ist kommissarisch einem Regierungsrat übertragen worden. Die Ursache? Köster besitzt als bisheriger Volksschullehrer nicht nur keinerlei akademische Grade — er steht auch, obwohl er politisch hervorgetreten ist, auf dem Boden der Sozialdemokratie. Zwei Gründe, die in der wilhelminischen Ära allerdings jede Distinktion erlöschten, deren heutige Wiederbelebung aber in der Bevölkerung und der Volksschullehrerschaft eine tiefe Erregung hervorgerufen hat.“

Vom Devisenmarkt.

Berlin, 5. Januar.

Auch am Mittwoch zeigte der Berliner Devisenmarkt eine sehr feste Tendenz. Die Umsätze sind im Vergleich zur letzten Woche des alten Jahres in den ersten Tagen des neuen Jahres ganz bedeutend gestiegen. Der Dollar liegt bei lebhaftem Geschäft im Bereiche des offiziellen Wertes etwa auf 193.

Es notierten Kabel New York 193,50, London 810 und Holland 7050. Nach der Festlegung der offiziellen Kurie hielt die feste Stimmung an. Man rechnet für die nächsten Tage mit weiteren Steigerungen.

Kartoffelkrise im Römischen Industriegebiet.

Köln, 5. Januar.

Zuverlässigen Informationen zufolge bricht das Kölner Industriegebiet vor einer neuen schweren Kartoffelkrise. Durch den Verfall der Kartoffeln der Ostprovinzen nach Italien ist die Kartoffelkrise nach den westlichen Provinzen, vor allem nach dem bestellten Gebiet, vollständig unterbunden. Die Stadt Köln rückt sich außerstande, dieser Krise wirksam begegnen zu können. In Köln bezahlt man heute bereits für einen Zentner Kartoffeln 200 Mark und mehr.

Die Strafgesetznovelle.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt:

In den gestrigen Abendausgaben verschiedener Berliner Zeitungen erscheint über den Inhalt des „Gesetzentwurfes zur Anpassung des Strafgesetzbuches an das Verfassungsgesetz“, der immer noch fälschlich als „Gesetz zum Schutze der Republik“ bezeichnet wird, eine Notiz, die dem tatsächlichen Inhalt des Entwurfs nicht entspricht. Um Irrtümern vorzubeugen, wird die Vorchrift, auf welche die Zeitungsmeldung offenbar Bezug nimmt, nachstehend mitgeteilt:

„Der die verfassungswidrige Staatsform oder die Reichs- oder Landesfarben öffentlich beschimpft, wird mit Gefängnis

bestraft. Daneben kann auf Geldstrafe bis zu fünfhunderttausend Mark sowie auf Verlust der beseideten öffentlichen Aemter erkannt werden.“

Ebenso wird bestraft, wer öffentlich oder durch Verbreitung von Schriften, Abbildungen oder Darstellungen zu Gewalttätigkeiten gegen die Person des Staatsoberhauptes oder eines Mitgliedes der Reichsregierung oder einer Landesregierung auffordert oder anreizt.“

Soweit diese Mitteilung. Die neuen Bestimmungen sind durch die Erfahrungen der letzten Jahre nur allzu gerechtfertigt. Das Rutgebeul der Rechtsgruppe soll nur die Tatsache verdecken, daß sie selbst durch ihre Unanständigkeit dieses Gesetz geradezu erzwingen hat.

Das Verfahren in Versorgungssachen.

Der Reichstag hat Ende Dezember das Gesetz über das Verfahren in Versorgungssachen verabschiedet, das am 1. Februar 1922 in Kraft treten wird. Nachdem die den Versorgungsberechtigten zustehenden Leistungen (durch das Reichsversorgungsgesetz vom 12. Mai 1920 und das Altersrentengesetz vom 18. Juli 1921) neu geregelt sind, befaßt sich dieses Gesetz mit dem Aufbau der zur Durchführung der genannten und der früheren Militärversorgungsgesetze berufenen Behörden und dem einzuhaltenden Verfahren, es zeigt mit anderen Worten den Weg, auf dem der Versorgungsberechtigte in den Genuss seiner Gehältnisse gelangt. Große Schwierigkeiten entstanden bisher sowohl für die Behörden als auch für den Berechtigten, der sich über die zu unternehmenden Schritte unterrichten wollte, daraus, daß die maßgebenden Vorschriften infolge der schrittweise erfolgten Umgestaltung der Behörden und des Verfahrens in zahlreichen Gesetzen, Verordnungen usw. verstreut waren. Das jetzt ergangene Gesetz ist Gegenstand eingehender Beratungen mit den Verbänden der Versorgungsberechtigten gewesen, die freilich nicht in allen Punkten zustimmten. Es behält vom Inhalt der bisher ergangenen Vorschriften das Wesentliche bei und führt zugleich die Änderungen ein, die sich in der Praxis als wünschenswert herausgestellt hatten.

Die Versorgungsbehörden zerfallen wie bisher in die Verwaltungsbehörden (Versorgungsämter und Hauptversorgungsämter) und die Spruchbehörden (Versorgungsgerichte und Reichsversorgungsgericht). An Änderungen gegenüber dem bisherigen Zustand ist vor allem die Verkleinerung der Kammern der Versorgungsgerichte von 5 auf 3 Mitglieder und der Senate des Reichsversorgungsgerichts von 7 auf 5 Mitglieder hervorzuheben. Außer dem Vorsitzenden (Mitglied des Oberversicherungsamts bzw. des jetzt vom Reichsversicherungsamt getrennten Reichsversorgungsgerichts) wirken mit „eine in der sozialen Fürsorge erfahrene, mit dem Versorgungswesen vertraute Person“ und ein Versorgungsberechtigter, und zwar in Hinterbliebenensachen möglichst eine Frau. Beim Reichsversorgungsgericht treten hierzu ein weiteres Mitglied des Reichsversorgungsgerichts und ein richterliches Mitglied eines ordentlichen Gerichts. Das Reichsversorgungsgericht ist künftig vom Reichsversicherungsamt bis auf die Spitze, den gemeinsamen Präsidenten, vollständig getrennt. Bedeutungsvoll ist, daß bei der Vergütung der Richter aus dem Kreise der Versorgungsberechtigten künftig auch der entgangene Arbeitsverdienst berücksichtigt wird.

Im Verwaltungsverfahren entscheidet — abgesehen von wenigen, dem Hauptversorgungsamt vorbehaltenen Sonderfällen — stets das Versorgungsamt. Dem Berechtigten ist dadurch die persönliche und mündliche Wahrnehmung seiner Rechte wesentlich erleichtert. Gegen die Entscheidung des Versorgungsamtes ist nicht der Einspruch an das Hauptversorgungsamt, sondern der Einspruch halber sofort die Berufung an das Versorgungsgericht gegeben, vorausgesetzt, daß es sich nicht um Leistungen handelt, deren Gewährung nach dem Gesetz in das pflichtgemäße Ermessen der Verwaltungsbehörde gestellt ist („Rannbezüge“).

Das Spruchverfahren ist wie bisher dem Verfahren der Reichsversicherung nachgebildet, aber in wesentlichen Punkten vereinfacht. Die Entscheidungen ergehen zwar in der Regel auf Grund mündlicher und öffentlicher Verhandlung; es ist jedoch in allen Fällen auch Zurückweisung unbegründeter Rechtsmittel durch eine mit Gründen versehene Verfügung des Vorsitzenden möglich, gegen die in allen Fällen die Entscheidung des Gerichts angerufen werden kann. Die Zulässigkeit des Rekurses in minder wichtigen Fällen ist gegen früher eingeschränkt, um Raum für die wichtigeren Sachen zu gewinnen. In Bayern entscheidet bis auf weiteres an Stelle des Reichsversorgungsgerichts, das Bayerische Landesversorgungsgericht.

Die Grippe.

Hamburg, 4. Januar.

Ueber den Stand der Grippe läßt sich genaueres nicht sagen, da viele Fälle überhaupt nicht zur Anmeldung gelangen. Nach den Wahrnehmungen des Gesundheitsamtes ist ein Rückgang der Grippe zu beobachten.

Breslau, 4. Januar.

Die Grippe in Schlesien macht in bedenklichem Maße Fortschritte. Die Erkrankungsfälle bewegen sich in den letzten Wochen in stark aufsteigender Linie.

München, 4. Januar.

Die Grippe-Erkrankungen in München und im übrigen Bayern, die sich auf viele Tausende von Fällen erstrecken, haben bisher im Gegensatz zum Vorjahre im allgemeinen einen gutartigen Verlauf genommen und keine besonderen behördlichen Maßnahmen erforderlich gemacht. Die Zahl der Todesfälle ist im Verhältnis zu der Zahl der Erkrankungen nur gering.

Essen, 4. Januar.

Die Grippe-Epidemie nimmt auch im rheinisch-westfälischen Industriegebiet immer größeren Umfang an. In Düsseldorf sind die Krankenhäuser überfüllt. Da die Krankheit in vielen Fällen zu schweren Komplikationen führt, die sich besonders in Lungenentzündung äußern, sind bereits zahlreiche Todesfälle vorgekommen. Wegen der Ansteckungsgefahr sind die Ferien der höheren Schulen in Düsseldorf bis zum 8. Januar verlängert worden. Auch die städtischen Schulen sind bis zu diesem Zeitpunkt geschlossen. In Essen ist man zu dieser Maßnahme noch nicht geschritten, obwohl auch hier die Grippe wütet. Die Ärzte sind kaum in der Lage, die vielen Erkrankungen zu behandeln. Auch hier sind bereits Todesfälle zu verzeichnen.

Breitscheid für Einigung.

In seiner Zeitschrift „Der Sozialist“ setzt sich Rudolf Breitscheid, eine Woche vor dem Beginn des Leipziger Parteitags, mit Paul Levi auseinander, der in seinem Organ „Unser Weg“ die Zusammenfassung aller Splinterorganisationen links der Sozialdemokratie zu einer einheitlichen sozialrevolutionären Partei gefordert hatte. Levi nennt die Sozialdemokratie „die klarste, geschlossenste, einheitlichste sozialreformistische Partei, die es in irgendeinem Lande gibt“. Neben diese große, einheitliche sozialreformistische Partei soll nun nach seinem Vorschlag „eine an Kraft, Zahl, Einheitlichkeit und Geschlossenheit gleiche und überlegene sozialrevolutionäre Partei“ gesetzt werden. Dagegen führt Breitscheid aus, daß diese theoretisch konstruierte Scheidung praktisch nicht durchführbar ist. Er schreibt:

Ein Nebeneinander wäre theoretisch nur dann denkbar, wenn die revolutionäre Gruppe ihre Aufmerksamkeit ausschließlich auf die Umwälzung der Wirtschaftsordnung konzentrierte und darüber die Tagesforderungen der Arbeiterbewegung vollkommen außer acht ließe. Praktisch ist eine solche Beschränkung undenkbar, jedenfalls könnte eine Gruppe, die sie sich auferlege, was Größe und Kraft anbelangt, niemals mit der sozialreformistischen Konkurrenz treten. Um so weniger, als es den Sozialreformismus in Reinkultur doch auch in der SPD nicht gibt. Levi erklärt selbst, daß auch in dieser Partei viele revolutionäre Arbeiter seien, die an ehrlich revolutionärer Gesinnung von manchem Kommunisten nicht übertroffen würden. Diese Elemente aber wären sicher schon längst ausgeschieden, wenn die Sozialdemokratie grundsätzlich im Opportunismus aufginge und auf eine revolutionäre Zielsetzung verzichtete.

Die Idee des sozialistischen Zweiparteyensystems beruht demnach auf einer recht künstlichen Konstruktion. Sie hat einen gewissen Sinn unter dem Gesichtspunkt, daß der vielfach zerrissene Flügel der Arbeiterbewegung wieder auf eine gemeinsame Linie gebracht werden muß, wenn der revolutionäre Gedanke gegenüber dem reformistischen gestärkt werden soll. Aber das letzte Ziel ist und bleibt die Vereinigung des Sozialreformismus und des Reformismus in einer einheitlichen sozialistischen Partei. Gerade das Schicksal des deutschen Kommunismus ist in dieser Beziehung eine eindringliche Lehre.

Wir möchten hinzufügen: Diese Vereinigung läßt sich nicht erzielen durch ein bloß äußerliches Zusammenleben einer „sozialrevolutionären“ mit einer „sozialreformistischen“ Richtung, sondern nur durch die gegenseitige Durchdringung beider Gedankentriebe und ihr innerliches Zueinanderangehen in einer einheitlichen Weltanschauung, wie es im Göttinger Programm der Sozialdemokratischen Partei vollzogen ist. Dazu ist nur eines notwendig: Die Preisgabe des Irrtums, als gestaltete sich eine soziale Revolution nach dem Vorbild einer politischen Umwälzung. Jeder Marxist weiß, daß zwar aus einer Monarchie an einem Tage eine Republik werden kann, daß aber der Übergang von einer Wirtschaftsordnung zur anderen ein sich stufenweise vollziehender Prozeß ist. In diesem Sinn hat Breitscheid vollkommen recht, wenn er sagt, daß die Sozialdemokratie auf ihre „revolutionäre Zielsetzung“ nicht verzichtet. Sie weiß aber, daß das Ziel der sozialen Revolution nicht von heute auf morgen erpüblich, sondern daß es nur durch die Summierung sozialer Reformen erlängbar werden kann. Die Sozialdemokratie wäre nicht so „groß, klar, geschlossen und einheitlich“, wie Levi zugibt, wenn sie nicht die Einheit von Sozialreformismus und wirklichem Sozialrevolutionarismus — der von einem bloßen Scheinrevolutionarismus himmelweit entfernt ist — in sich verkörperte.

Eine Stärkung unserer Partei in dem Bewußtsein, daß das letzte Ziel ihres Reformstrebens die Befreiung des Proletariats, die Aufhebung der Klassenunterschiede, die sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist, kann uns nur willkommen sein; eine Einigung in diesem Sinne wäre nur zu begrüßen. Dagegen ist die Wiederaufnahme des Gedankens, daß soziale Reformen verbotener Opportunismus und „Verrat an der Revolution“ seien, ein Rückschritt in Irrtümer, die sich August Bebel und Wilhelm Liebknecht schon mit den Rinderschulzen abgelaufen hatten.

Hochverrat aus Dummheit.

Ein deutschgesinnter Oberstleutnant aus Tarnowitz, der, wie er sagt, selbst mit der Waffe in der Faust gegen die polnischen Insurgenten gestanden hat, schreibt der „Welt am Montag“:

Der Verlust Oberschlesiens ist zum größten Teil auf das Nachgebrüll der Rechtsparteien zurückzuführen, denn Frau Käthe Schirmacher und die Breslauer Professoren haben durch ihr hirnverbranntes Gegeter um „Deutschlands letzte Waffenschmiede“ es so weit gebracht, daß der wertvollste Teil Oberschlesiens an Polen fiel, weil, nach Briands eigenen Worten, uns Deutschen damit die „letzte Waffenschmiede“ weggenommen würde! Müßte man nicht eigentlich jetzt dafür Frau Schirmacher und die Breslauer Professoren wegen Hochverrats unter Anklage stellen? Durch ihr Gebaren haben sie unsere Gegner geradezu mit der Nase darauf gestoßen, welche Bedeutung einmal Oberschlesien für Deutschland hätte haben können. Eine andere, uns nicht minder schädigende Sache ist der Anflug der fortdauernden Beförderung ehemaliger Militärs zu Leutnants usw. der Reserve. Müßen unsere Gegner nicht mit Recht mißtrauisch werden wenn sie von der „Reserve“ des deutschen Heeres tagtäglich hören? Brauchen wir uns denn wundern, wenn die Franzosen in ihrem Parlament die geheime deutsche Armee als Schreckgespenst an die Wand malen, wenn unsere Regierung täglich das Bestehen einer Reservearmee scheinbar öffentlich bekräftigt? Es wäre wirklich einmal an der Zeit, daß solches vaterländische Treiben gehörig beleuchtet und die Kreise zur Verantwortung gezogen würden, die diesen „Hochverrat aus Dummheit“, wie man ihn bezeichnen könnte, betreiben.

Das Ergebnis des Eisenbahnerstreiks.

Von Theodor Kohur.

Die große Streikbewegung der Eisenbahner, die im Westen Deutschlands ihren Anfang nahm und in rascher Weise sich auf andere Bezirke ausdehnte, hat ihr Ende er-

reicht. Die Frage ist jetzt am Platze, was es wirklich notwendig, erst dem Wirtschaftsleben Deutschlands diesen heute noch garnicht zu überschenden Schaden zufügen zu lassen oder wäre es nicht für die Regierung und die Eisenbahnverwaltung zweckmäßig gewesen, die Warnungen der Führer des Deutschen Eisenbahnerverbandes zu beachten und das schlimmste zu verhüten? Die reine Lohnzulage, die den Eisenbahnarbeitern im Verfolg dieses Streikes gewährt wurde, beträgt 300 Millionen Mark. Wie groß die Summe ist, die dem Reiche aus der Stilllegung des Güter- und Personenverkehrs erwächst, steht noch nicht fest, daß sie aber erheblich ist, darf als sicher angenommen werden.

Es ist in der bürgerlichen Presse, wie in der Öffentlichkeit vielfach die Behauptung aufgestellt worden, die Führer des Deutschen Eisenbahnerverbandes haben den Streik vorzüglich herbeigeführt. Wie wenig das zutrifft, beweist der Umstand, daß nicht nur die Eisenbahner der Bezirke Elberfeld, Köln und Essen spontan in den Ausstand traten, sondern daß bald darauf auch derselbe Vorgang sich in Berlin und Breslau wiederholte, während aus Hamburg, Kassel, Frankfurt a. M. und Baden bedrohliche Nachrichten einliefen, daß auch dort der Ausbruch des Streiks stündlich zu erwarten sei. Hätte die Regierung nur noch wenige Tage ein ablehnendes Verhalten gezeigt, dann wäre es zu einer Stilllegung weiterer Eisenbahn-Direktionsbezirke gekommen und eine Katastrophe die unfehlbare Folge gewesen. Wir brauchen in diesem Zusammenhange nur an die täglich in Erscheinung tretende Kohlennot zu erinnern und an die Gefahr der Stilllegung wichtiger Betriebe der Gemeinde- und Privatindustrie. Hoffentlich hat die Regierung und insbesondere der Reichsverkehrsminister aus dem Vorgange der letzten Tage gelernt. Inwieweit das der Fall ist, wird sich zeigen, wenn am 5. Januar die Gewerkschaftsvertreter des Reichs- und Staatspersonals unter Führung des Deutschen Eisenbahnerverbandes an den Verhandlungstisch treten. Auf jeden Fall wird das Gerede verstummen müssen, als sei es dem Vorstände des Deutschen Eisenbahnerverbandes darauf angekommen, es zu einer Machtprobe mit der Regierung kommen zu lassen. Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung beweist auf jedem Blatte, daß Massenbewegungen sich durch Reden einiger geschickter Agitatoren nicht hervorzuheben lassen, sondern daß sie geboren werden aus den wirtschaftlichen Verhältnissen. Die augenblickliche Streikbewegung der Eisenbahner ist für diese Erfahrungen ein typisches Beispiel, sie entstand aus der schweren wirtschaftlichen Not, die wiederum in den wichtigsten Industriebezirken Deutschlands ihre Ursache hat in den bedeutend niedrigeren Eisenbahnerlöhnen gegenüber der Privatindustrie. Müßten doch selbst die Regierungsvertreter zugeben, daß in den zuerst vom Streik betroffenen Gebieten die Privatindustrie um 3, 4, teilweise sogar 5 Mark höhere Stundenlöhne hat als die Eisenbahnverwaltung. Würde die Regierung, die sich allzusehr in ihrer Haltung von dem Reichsverkehrsminister beeinflussen ließ, auch bei den Verhandlungen am 5. Januar ihre verhängnisvolle Tätigkeit fortsetzen, in dem Bewußtsein, einen drohenden Eisenbahnerstreik zu einem Zusammenbruch bringen zu können, so könnte das die übelsten Folgenwirkungen haben. Was sich jetzt gezeigt hat, war nur ein Vorpostengefecht, das sich zu einer regelrechten Entscheidungsschlacht auswirken könnte, wenn die Halsstarrigkeit gewisser Scharfmacher weitere Triumphe feiert.

Auf Grund der am Ende des Jahres am Verhandlungstisch zustande gekommenen Vereinbarung gelang es der Leitung des Deutschen Eisenbahnerverbandes, die von ihm in geordnete Bahnen geleitete Streikbewegung wieder zu beenden. Die Arbeit ist inzwischen auf der ganzen Linie aufgenommen worden und der Eisenbahnverkehr dürfte inzwischen wieder normale Formen angenommen haben. Interessant ist, daß aus allen Teilen des Reiches eine starke Mitgliederzunahme des Deutschen Eisenbahnerverbandes gemeldet wird. Viele der neugewonnenen Mitglieder sind Ueberläufer aus den gegnerischen Eisenbahnerverbänden. Diese Tatsache spricht dafür, daß die Haltung der Führer des Deutschen Eisenbahnerverbandes als durchaus korrekt und einwandfrei angesehen wird, und die Auffassung sich immer mehr verbreitet, daß die freigewerkschaftliche Bewegung die zweckmäßigste Interessenvertretung des Eisenbahnerpersonals ist.

Was sollte nach Meinung der in den Streik tretenden Eisenbahner erreicht werden? Und was brachte dann das Verhandlungsergebnis? Die Beantwortung der Frage kann nicht von dem in Elberfeld gestellten Ultimatum ausgehen, das bekanntlich von der Regierung eine Vorzuschußzahlung von 1000 bzw. 750 Mark forderte. Sie geht zurück auf die am 3. September von den Spitzenverbänden eingereichte Forderung, die deshalb gestellt wurde, weil die im November beendete Lohn- und Gehaltsbewegung des Personals der Reichs- und Staatsbetriebe einen unbefriedigenden Verlauf nahm. Das mußte selbst der Reichstag anerkennen, indem er in einer einstimmig angenommenen Entschließung eine sofortige Nachprüfung der Besoldungsbezüge von der Reichsregierung forderte. Die Forderungen vom 3. Dezember sollten nur eine Verhandlungsgrundlage bilden. Leider war der Reichsfinanzminister Dr. Hermes darüber anderer Meinung. Er wollte eine Verhandlungsgrundlage haben, die ihm paßte, und glaubte das den Gewerkschaften in einem verletzenden Antwortschreiben mitteilen zu müssen. Dieses und noch manches andere, u. a. auch die Erreichung der Steuerzahlung für die höheren Einkommen unter Mithinberücksichtigung der Arbeiter und Beamten, die nicht einmal das Existenzminimum erreichen, bilden den Ausgangspunkt der Streikbewegung. Lediglich die Not hat dann die Elberfelder Eisenbahner zu ihrem Ultimatum veranlaßt. Nachdem dann einmal der Stein ins Rollen gekommen war, war das Ende der Bewegung nicht abzusehen.

Die Vereinbarung sieht nun vor, daß am 5. Januar die am 3. Dezember geforderten Verhandlungen beginnen. Sie sollen aber den in Aussicht genommenen Verhandlungen nicht vorgreifen, sondern nur ein Provisorium schaffen zur Linderung der größten Not in den Industriebezirken. Daraus ergibt sich, daß jene streikenden Eisenbahner, welche wirklich leer ausgehen, in den kommenden Verhandlungen eine Neuregelung ihrer Bezüge erfahren werden. Da zu einer gründlichen Verhandlung während des Streiks keine Zeit war, konnte es sich in den wenigen zur Verfügung stehenden Stunden nur um eine Notstandsaktion handeln. Daß dabei durch die schematische Regelung einige Orte, die eine Berücksichtigung verdienen, trotzdem unberücksichtigt blieben, dürfte erklärlich sein. Es ist aber Vorsorge getroffen, daß eine gründliche Nachprüfung erfolgt und Härten beseitigt werden. Auch darüber erübrigt sich wohl jedes weitere

Wort, daß die eine Mark Ueberteuerungszulage, in jedem Orte, wo die Privatindustrie einen um mehrere Mark höheren Stundenlohn zahlt, nur eine erste Abschlagszahlung ist. Immerhin dürfte die größte Not durch die sofortige Zahlung beseitigt werden. In allen Orten, in denen bisher Ueberteuerungszulagen in irgend einer Höhe gezahlt wurden, erfolgt eine Erhöhung um eine Mark ab 1. Oktober 1921, jedoch in 3 Monaten 600 Mark nachgezahlt werden. Wo die Steigerung des Lohnes durch eine Minderung der Ortsklasse herbeigeführt wird, soll, falls an diesem Orte der Ueberteuerungszulage in Betracht kommt, der durch die Ortsklassenhebung erzielte Betrag aufgerechnet werden.

Der Vergleich zwischen Ultimatum und Vereinbarung zeigt, daß statt Vorzuschüssen Nachzahlungen erfolgen. Eine weitblickende Eisenbahnverwaltung hätte also schon ohne Belastung der Reichskasse und ohne dem Wirtschaftsleben Schaden zuzufügen, den Streik verhindern können durch eine angemessene Vorzuschußzahlung. Statt dessen hat sie geglaubt, den Gewerkschaftsführern zeigen zu müssen, wieviel klüger ihr Standpunkt ist, und darum muß das Reich diese Klugheit büßen. Doch es kann nicht Aufgabe der Gewerkschaftsführer sein, darüber mit der Eisenbahnverwaltung zu rechten. Das ist die Aufgabe der Reichsregierung und des Parlaments, die darüber jetzt und auch künftig das Wort haben.

Volkswirtschaft.

Die Großhandelspreise am Beginn des neuen Jahres lagen nach den Berechnungen der „Frankfurter Zeitung“ für 77 Waren nach den 17 Punkte etwas höher als Anfang Dezember v. J. Die Indexziffer, die den Preisstand von Anfang Januar 1920 mit 100 annimmt, stellt sich am Anfang Januar 1922 auf 320 gegenüber 303 am Anfang Dezember v. J. Die Preisentwicklung war auf den verschiedenen Marktgebieten nicht einheitlich. Nur die Gruppen Textilien, Leder usw. blieben auf dem Stande des vorigen Monats, eine ganz geringfügige Senkung zeigten die Großhandelspreise für Lebens- und Genussmittel, in denen die durch die Valutaberührung bedingte Preisermäßigung auf die Gesamtziffer einwirkte, Mineralien waren etwas erhöht. Stärker erhöht sind die unter Verschiedenes zusammengefaßten Preise für eine Reihe von Warengruppen, so daß sich im Gesamtdurchschnitt die oben erwähnte Preissteigerung ergibt. Die Großhandelspreise stehen nach den Ermittlungen der „F. Z.“ auf dem fast 30fachen Friedensstand. Die für Frankfurt ermittelten Kleinhandelspreise zeigten auch für Rohungsmittel eine Erhöhung gegen den Vormonat.

Banknotenumlage und Golddeckung. Auch in den neutralen und Siegerländern hat sich die Banknotenumlage seit Kriegsausbruch sehr gesteigert, die Kriegsbedürfnisse und die Teuerung erzorderten die gesteigerte Tätigkeit der Notenpresse. Während der Geldnotenumlauf Deutschlands sich bis Ende Juni 1921 gegen 1918 mehr als verdreifacht hat, beträgt dieser an dem genannten Zeitpunkt in England das 15fache, in Italien das 7-8fache, in Frankreich das 6fache, in Belgien das 5fache des Notenumlaufs dieser Länder vom Jahre 1913. Verhältnismäßig gering ist die Erhöhung in Holland und Japan, wo sich der Geldnotenumlauf verdreifacht, und in Kanada, wo er sich verdoppelt hat. Ansehts der Valutentwicklung ist die Golddeckung des Notenumlaufs von Wichtigkeit, die aber mit der Notenvermehrung nicht Schritt gehalten hat. Holland und Japan vermochten sie zu erhöhen, in Holland von 51 Proz. vor dem Kriege auf 62 Proz. im Juni 1921, in Japan sogar von 30 Proz. auf 188 Proz. Dagegen sank die Golddeckung der Noten in dem erwähnten Zeitpunkt in England von 118 Proz. auf 37 Proz., in Frankreich von 73 auf 10 Proz., in Italien von 58 Proz. auf 6 Proz., in Belgien von 28 Proz. auf 5 Proz. In Deutschland betrug die Golddeckung zu diesem Zeitpunkt bereits nur noch 1 1/2 Proz.

Steigende Butterpreise.

Hamburg, 4. Januar.

Bei der heutigen 33. Butter-Auktion der Meierei-Verbände von Schleswig-Holstein machte sich infolge der noch immer knappen Zufuhren und bei reger Kauflust ein leichtes Anziehen der Preise bemerkbar. Die Biere lagen sich von 33.50—34.00 Mk. das Bündel gegen 37.40—38.00 Mk. bei der vorwöchentlichen Versteigerung. Zu den obigen Preisen kommt noch ein Kavelingsgeld von 1%.

Devisen-Kurse.

Berlin, 5. Januar.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.		4. Jan.	5. Jan.
Amsterdam	100 fl.	704.295	6968.—
Büffel (Antwerpen)	100 Frs.	1478.50	1451.—
Kristiania	100 Kr.	3001.95	2992.—
Kopenhagen	100 Kr.	3816.15	3776.20
Stockholm	100 Kr.	4755.20	4695.30
Helsingfors	100 Finn. Mk.	386.60	355.10
Rom	100 Lire	509.15	504.15
London	1 £	804.15	791.70
New York	1 Doll.	198.30	187.81
Paris	100 Frs.	1543.45	1518.45
Zürich	100 Frs.	3726.25	3651.30
Madrid	100 Pesetas	2887.10	2797.20
Wien	100 K.	6.68	6.78
Budapest	100 K.	51.56	51.66
Prag	100 K.	306.65	294.70

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer	Segler	Schiffname	Kapitän	Herkunftsport	Fahrtzeit
Zugang					
Angekommen am 4. Januar.					
D.		Dagmar	Golinda	Kappeln	1
E.		Rathna	Jansen	Fredericia	14
D.		Martha	Grube	Rjøge	5
E.		Gustav Adolf	Christensen	Abø	30
Angekommen am 5. Januar.					
D.		Grotum	Holt	See	2

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Interakt Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Lüb. Mand.-Klub v. 1911.
Generalversammlung
 Freitag, d. 1. 22. 7 1/2 Uhr.
 i. d. d. d. Ringen. (11454)

**Deutscher
 Transportarbeiter-
 Verband.**
 Ortsverwaltung Lübeck
 (11465)

**Versammlung
 der
 Entlastungsarbeiter**
 am Freitag, dem 6. Januar
 abends 7 1/2 Uhr,
 im Gewerkschaftshaus
 Lageordnung:
 1. Die produktive Ar-
 beitsförderung.
 Referent: Genosse
 J. Heinzmann.
 2. Stellungnahme zum
 Sozialtarif.
 3. Verschiedenes.

**Versammlung
 der Kohlenafford-
 arbeiter**
 am Freitag, dem 6. Januar
 abends 7 1/2 Uhr
 im Gewerkschaftshaus.
 Lageordnung:
 Innere Verbands-
 angelegenheiten.
 Die Ortsverwaltung.

Billiger Extra-Verkauf

vom 5. bis 19. Januar
 in allen Abteilungen unseres Spezialhauses für
Damen- und Kinder-Konfektion

Wir empfehlen solange vorhanden:

Winter-Mäntel

aus warmen, haltbaren Stoffen	195.—	165.—	135.—
aus einfarbig und gemusterten Flauschstoffen	425.—	390.—	295.—
aus reinwollenen Tuch- und Affenhaut-Stoffen	650.—	550.—	490.—
aus Sammet und Astrachan	1050.—	795.—	750.—

Jacken-Kostüme

aus reinwollenem Cheviot, z. T. mit Seide gefüttert	295.—	225.—	195.—
aus hellen und dunklen Sommerstoffen	350.—	290.—	250.—
aus marine, Kammgarn u. Gabardine, m. Seide gef.	750.—	550.—	490.—

Kostümröcke

aus melleren haltbaren Stoffen	von 49.— an
aus schwarzem, reinwollenem Cheviot	von 89.— an

Haus- u. Wollblusen

aus praktischen gestreiften Stoffen	98.— 85.— 68.—
-------------------------------------	----------------

Woll- und Seiden-Kleider

reich garniert in hell und dunkel	450.— 295.— 265.—
-----------------------------------	-------------------

Kinder-Kleider

aus Winterstoffen in allen Größen	Einheitspreis 78.— 58.—
-----------------------------------	-------------------------

Gebr. Hirschfeld

Breite Strasse 39-41.

Wir sind noch billig.

Ein Bonen Herren-Anzüge	375.—, 595.—, 695.—
Gummimäntel	595.—, 660.—, 795.—
Sodumäntel	395.—, 420.—, 490.—
1 Post. feldgr. Hosen	175.—, Starke Arbeitshosen u. 108.— an
Bl. lein. Jacken	49.—, 59.—, Bl. lein. Hosen 49.50, 84.—

Blaue Konfirmations-Anzüge.

St. Schmitzfeld	275.—, St. Arbeitsh. 188.—, 200.—, 250.—
Kinderstiefel, Warme Handschuhe, Pantoffeln.	Preiswerte

Damenmäntel, Kostüme, Blusen, Röcke.

Ehlers & Reetwisch
 Postenstraße 1. St. Petri 2-4. (11471)

Neues Jahr! Neues Glück!

Große Freiburger-Münsterbau-Geld-Lotterie

Ziehung vom 25. bis 31. Januar.
 26 671 Geldgewinne, zwf. 1 Million Mark.

1 x 150000 M.	=	150000 M.
1 x 100000 M.	=	100000 M.
1 x 75000 M.	=	75000 M.
1 x 50000 M.	=	50000 M.
2 x 25000 M.	=	50000 M.
5 x 10000 M.	=	50000 M.
10 x 5000 M.	=	50000 M.
50 x 1000 M.	=	50000 M.
100 x 500 M.	=	50000 M.
500 x 100 M.	=	50000 M.
1000 x 50 M.	=	50000 M.
2500 x 20 M.	=	50000 M.
22500 x 10 M.	=	225000 M.

Volle Auszahlung aller Gewinne!
Original-Lose à 6.00 Mark.
 Porto und Zins 3.50 Wfr. extra.

2. Wohltätigkeitslotterie

der Lübecker Episcopoche.
 Ziehung schon am 17. Januar.
Lose à 1.— Mark

in großer Nummernauswahl vorrätig!

1 Freiburger u. 1 Woblt.-Los	u. Listen für	10 Mk.
1 " " 6 Woblt.-Lose	" " "	15 "
1 " " 5 " "	" " "	20 "
1 " " 4 " "	" " "	25 "
1 " " 3 " "	" " "	30 "
1 " " 2 " "	" " "	40 "
1 " " 1 " "	" " "	70 "
1 " " 1 " "	" " "	80 "
1 " " 1 " "	" " "	100 "
1 " " 1 " "	" " "	200 "

Da die Ratfrage nach diesen Losen schon jetzt sehr groß ist, empfehlen wir umgehende Bestellung.

Hermann Kersten

Lotterien-Spezialgeschäft
 LUBECK, Ob. Mühlstr. 8. Segründet 1904.
 Postfach-Louis Hamburg 40554. (11456)

Jeden Tag Markthallenstand 9: Die beliebte fett. Ochsen- u. Hammelbacken

1 Pf. 9.— u. 6.50 Mk.
 Westphal & Neilsen.
 (11469)

Große öffentliche Angestellten-Versammlung

am Freitag, d. 6. Jan.,
 abends 8 Uhr,
 in den Zentralhallen, Dankwartstr. 10.

Vortrag:
Die Vertreterwahlen zur Reichsversicherung.
 Diskussion.

11452 **Afa-Bund.**

Gewerkschaftshaus

Morgen Freitag:
Großer Ball.
 Damen Eintritt frei. (11487)

HÖDERMANN

Sonnabend, den 7. Jan., nachm. u. abds.
Große Komponisten-Darstellung
 des Kapellmeisters Loretto
 zu seinem 659. Konzert. (11477)

Weißer Engel.

Sonnabend, den 7. Januar:
Großer Familienball.

Anfang 7 Uhr.
 Jeden Sonntag: **Tanzkränzchen.**
 11466) **G. Ketter.**

Für Vereinsfestlichkeiten bringe meine Lokaltäten in freundliche Erinnerung.

Wir zahlen **höchste Preise** für
 Wagschalen frei auf dem Ladentisch.
 Bei streng reeller Bedienung.

Gold Ketten Ringe Uhren Anhänger alle Münzen
Silber Löffel Gabeln Kannen Tablett
Platin, Zähne, Gebisse, Brillanten
nur Pfaffenstraße 18
Silbermann & Co. (11470)

Reichsvereinigung ehem. Kriegsgefang.

(11488)

Jahres-Versammlung
 am Montag, dem 9. Januar
 abends 8 Uhr
 im Lokale „3 Ringen“.

Lageordnung:
 1. Berichte. 2. Wahlen.
 3. Verschiedenes.
 Der Vorstand.



Sonnabend, d. 7. Jan.,
 abends 7 Uhr,
 im Gewerkschaftshaus.

Unterhaltungsabend mit Ball.

Eintritt nur für Mitglieder mit einer Dame.
 Kinder haben keinen Zutritt. 11393
 Das Komitee.

Arbeit.-Radfahr.-Verein

Ortsgruppe Kurau.
BALL
 am Sonntag, d. 8. Jan.,
 im Lokale des Herrn
 E. Schröder in Kurau.
 Anf. 7 1/2 Uhr. Ende 9
 Es ladet freundl. ein
 11455) Das Komitee.

Chorverein Schwartau-Rensfeld.

(11400)

Einladung zum Maskenball

Sonnabend, 21. Januar,
 im Lokale
 des Herrn Carl Hecht
 „Hotel Lübecker Hof“.
 Maskenanzug 9 Uhr.
 Hierzu ladet freundl.
 ein Der Festausschuss.

Hansatheater.

Heute, (11448)
 Donnerstag, 7 1/2 Uhr:
 Letztes Gastspiel des L.
 Charakterkomikers Kurt
 Wohlgenuth als „Fritz
 Köster“ in
 Das Fräulein vom Amt.
 Freitag, 7 1/2 Uhr:
 Ein Walzertraum.
 Sonnabend, 7 1/2 Uhr:
 Die lustige Witwe.

Stadttheater Lübeck

Donnerstag, 5. Jan. 6.30
 Einmaliges Gastspiel von
 Emil JANSON vom
 Stadttheater Mainz.
 Heer Synt.
 20. Ab.-Vorst. Best. D.
 Gutswilme haben keine
 Gültigkeit.

Freitag, 6. Jan., 7.30 U.
 Orani (11448)
 20. ab.-Vorst. Wit. D.
 Sonnabend, 7. Jan. 7.30
 Teufel.
 Außer Abonnement.

Sonntag, 8. Jan. 11 U.
 Dessehl. Hauptprobe
 zum Einfontonkonzert.
 Solist: Professor Karl
 Fiesch. Violine, Fichar-
 towsky; Violonkonert.
 St. aus: Don Quixote.
 Also sprach Zar-
 thustra.
 8 Uhr: 9. Vorst. f. d.
 Arb.-Bildungsverein.
 Wenn der junge
 Wein blüht.
 (Karten a. d. Theater!)
 7 Uhr: Zohengrün.

Zahlung des Abonn.-
 Beitrages (2. Hälfte des
 Spitzes) nebst 10%
 Erhöhung für sämtliche
 Abonnenten am:
 Donnerstag, dem 5. Jan.,
 nachm. von 3-5 1/2 Uhr
 bei der Theaterkasse.
 Da die 2. Hälfte des
 Spitzes mit dem 10. d.
 M. beginnt, wird um
 pünktliche Zahlung ge-
 oeten.
 Neuanmeldungen von
 Abonnenten in der
 Theaterkassette.
 Die Direktion.

SATYRIN (gold u. silber),
 die neuen Hormon-Präparate für Männer und
 Frauen, vermitteln schnelle und nachhaltige
 Steigerung der
Energie, insbesondere der Nerven- u. Sexualkräfte.
 Depot: St. Lorenz-Apotheke, Lübeck.
 Zahlreiche Anerkennungen. Originalpackung
 Mk. 40.— (11498)
 Akt.-Ges. Hormona, Düsseldorf-Grafenberg.

Pelzgeräturen
 werd. modern u. bill. auf-
 gearb. **D. Wagner,**
 11440) Postenstraße 8.

Alle
Arbeiter
 kaufen gern und gut
 ihre Arbeitskleidung
 bei (11442)
Otto Albers
 Markt 4 Kohlstr. 10

Wollwaren
 Oscar Tauchnitz, Glasch.
 Postfach 25. Petri 25/6

Extra billiges Angebot!
Margarine
 1 Pf. 20.— u. 1 Pf.
Schweineeschmalz
 1 Pf. 25.— u. 1 Pf.
Leiter Speck
 1 Pf. 25.— u. 1 Pf.
Rollmops
 1 Pf. 15.— u. 1 Pf.
Salzheringe
 1 Pf. 15.— u. 1 Pf.
Sauerbrant
 1 Pf. 15.— u. 1 Pf.
Kunsthonig
 1 Pf. 15.— u. 1 Pf.
Marmelade
 1 Pf. 7.— u. 1 Pf.
Schiering
 Adlerstr. 4-6 (11473)

Adolf Borgfeldt
 Frau Herm. Köhl
 gegründet 1880
 Mühlentstraße 36/40, 41, 48, 71
 Fernsprecher 672 und 678.
 Das fachmännische Spezial-
 geschäft Lübecks für
Öfen u. Herde
 Abteilung III
 Schmelzofen von
**Rieschels Patent-
 Wellsieb-Gruden**
 Lieferung von 11449
la. Grudekoks.

Beitragsmarken
 für Vereine, Gewerkschaften
 fertigt an u. liefert prompt, preiswert
 und in jeder Ausführung
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.
 Johannisstraße 46.